

Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Jahr 1969

A. Geschäftsverteilung

I. Zivilsenate

Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Urheberrecht, Verlagsrecht und das Geschmacksmusterrecht;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, soweit sie nicht dem X. Zivilsenat zugewiesen sind, insbesondere die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Warenzeichen,
 - b) Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
 - c) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechselbarkeit im geschäftlichen Verkehr handelt;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit es sich um Streitigkeiten über die Sortenbezeichnung handelt;
4. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Warenzeichen- und Geschmacksmustersachen sowie in Sortenschutzsachen, soweit es sich um die Sortenbezeichnung handelt;
5. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),
 - b) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 ff);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften;
7. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d);
8. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO;
9. die Entscheidung nach § 7 Abs. 2 LwVG (kraft Gesetzes);
10. alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind;
11. die Entscheidungen, die erforderlich werden, bevor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen läßt;
12. die Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz) einschließlich von Schadensersatzansprüchen, soweit es sich um Tätigkeiten auf den dem I. Zivilsenat zugewiesenen Rechtsgebieten handelt.

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

1. a) die Seesachen (HGB §§ 474 ff nebst Strandungsordnung einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit anderen Gegenständen),
- b) die Rechtsstreitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flößerei (einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit anderen Gegenständen),

- c) Schadensersatzansprüche gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung von Pflichten zur Unterhaltung oder Verkehrssicherung von Wasserstraßen,
 - d) die Rechtsstreitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschließlich von Rückversicherungen) von Schiffen oder Güterversicherungen für den See- oder Fluß-Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport,
 - e) die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken sowie über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke,
 - f) die Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff);
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
 - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschließlich der Fälle des § 771 ZPO), Nießbrauch und Pfandrecht (einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie aus Rechtsgeschäften hierüber,
 - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere;
 3. Die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 ff) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 ff),
 - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluß der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern,
 - c) Firmenrecht (HGB §§ 17 ff), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c);
 4. die Rechtsstreitigkeiten über Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen;
 5. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befaßt sind (wie z. B. Bausparkassen, Teilzahlungsinstitute und ähnliche);
 6. die Entscheidungen im Falle des § 28 FGG,
 - a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt.
 - b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Schadensersatzansprüche
 - aa) von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gegen ihre Beamten, Richter und Soldaten auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 h),
 - bb) gegen Beamte aus § 839 BGB, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 h),
 - cc) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts auf Grund des Art. 131 WRV und des Art. 34 GG, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 h),
 - dd) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Straßen, jedoch mit Ausnahme von Wasserstraßen, für die der II. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 1 c),
 - b) die Ansprüche von Beamten, Richtern und Soldaten sowie ihren Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit noch die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte begründet ist;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche auf Entschädigung wegen
 - aa) Enteignung und enteignungsähnlichen Eingriffs,
 - bb) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,
 - cc) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freipruchs im Wiederaufnahmeverfahren,
 - b) vermögensrechtliche Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl und aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung sowie Schadensersatzansprüche aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten (VwGO § 40 Abs. 2 Satz 1),
 - c) Ansprüche aus der Menschenrechtskonvention;
3. die Entscheidungen über Revisionen in Angelegenheiten des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953 und des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960;
4. Erbrecht einschließlich von Erbschaftskäufen, soweit nicht der IV. Zivilsenat (Nr. 1 c) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 f) zuständig ist;
5. Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist, sowie Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Nießbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Darlehen (BGB §§ 607 ff) oder abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780 — 808 a), soweit nicht der I. Zivilsenat (Nr. 5 a) oder der II. Zivilsenat (Nr. 2 c) zuständig ist;
7. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Bergrechtssachen (EGBGB Art. 67) einschließlich der Abbaurechtssachen (EGBGB Art. 68) sowie Wasserrechtssachen (EGBGB Art. 65) einschließlich der Deich- und Siedelrechtssachen (EGBGB Art. 66),
 - b) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber;
8. die Entscheidungen nach § 109 BRAO (auch in Verbindung mit § 108 BNotO), § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, § 56 Abs. 2 des Steuerberatungsgesetzes und § 93 Abs. 2 der Patentanwaltsordnung;
9. die Entscheidungen nach § 159 Abs. 1 GVG in Zivilsachen nebst § 2 FGG;
10. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es nicht ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke geht.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c), einschließlich Entmündigungen und Todeserklärungen,
 - b) Familienrecht,
 - c) die erbrechtlichen Wirkungen der Zugewinnngemeinschaft (BGB § 1371 nF);

2. die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse, soweit sie nicht dem II. Zivilsenat (Nr. 1 d) zugewiesen sind;
3. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschließlich der Handelsmakler (HGB §§ 93 ff) sowie über Ansprüche aus § 354 HGB;
4. die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG, sofern es sich um Personenrechts- und Familienrechtssachen handelt;
5. die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs. 3 ZPO;
6. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1 § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen sind.

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschließlich Vorkaufs und Wiederkaufs),
 - b) Landpachtverträge (LandpachtG v. 25. Juni 1952 § 1),
 - c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluß von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912—916, 919—923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903—910, GewO § 26),
 - f) Erbrecht, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
 - g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluß von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (ZVG § 81),
 - h) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschließlich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
 - i) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art. 132, 133),
 - k) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art. 59);
3. die Entscheidungen in den Fällen
 - a) des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke geht,
 - b) des § 79 GBO,
 - c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiß- und Stiftungsrechts vom 28. Dezember 1950.

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

- die Rechtsstreitigkeiten über
1. Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 c), der III. Zivilsenat (Nr. 1 a und 7 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 c und h) zuständig ist, Schadensersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind, sowie Ansprüche aus dem Recht am eigenen Bild (§ 22 ff des KunstUrhG vom 9. Januar 1907);
 2. Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Luftfahrzeug, ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der zur Zuständigkeit des I. Zivilsenats (Nr. 6) gehörenden Frachtverträge über Güter;
 3. Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z. B. ZPO § 302 Abs. 4, §§ 717, 945), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;

4. Dienstverhältnisse, soweit nicht der I. Zivilsenat (Nr. 12), der II. Zivilsenat (Nr. 3 b), der VII. Zivilsenat (Nr. 1 b und 2) oder der X. Zivilsenat (Nr. 7) zuständig ist;
5. Schadensersatzansprüche gegen Rechtsanwälte und Notare;
6. Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 a) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d und g) zuständig ist, aus den Oberlandesgerichtsbezirken Düsseldorf, Koblenz und Köln.

Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Werkverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (Nr. 1 und 2) zuständig ist,
 - b) Dienstverhältnisse der Architekten und anderer bei Bauten beschäftigter Personen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 — 676) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677 — 687), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 5) zuständig ist;
3. die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmäßig erscheint, daß die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird;
4. die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff, § 274 Abs. 2 Nr. 3);
5. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff);
6. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 6), der III. Zivilsenat (Nr. 10), der IV. Zivilsenat (Nr. 4), der V. Zivilsenat (Nr. 3 a) oder der VIII. Zivilsenat (Nr. 4) zuständig ist.

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 a), der V. Zivilsenat (Nr. 2 d und g) oder der VI. Zivilsenat (Nr. 6) zuständig ist,
 - b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 b) zuständig ist,
 - c) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 c), der III. Zivilsenat (Nr. 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist,
 - d) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff); jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit maßgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809 — 811), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 b) zuständig ist,
 - b) Ansprüche aus Nießbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d) zuständig ist;
3. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschließlich der Klagen auf Erlaß des Vollstreckungsurteils und mit Einschluß von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschuß der §§ 767 — 769 ZPO),
 - b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 883 ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nr. 1 a) zuständig ist,
 - c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger im Konkurs und außerhalb des Konkurses (KO §§ 29 ff, 196; AnfechtungsG), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird;
4. die Entscheidungen nach § 47 Abs. 2 MSchG i. V. m. § 28 Abs. 2 und 3 FGG und Entscheidungen nach Artikel III des Dritten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 21. Dezember 1967 (BGBl. I, 1248).

Dem IX. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) und des Bundesgesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rückerstattungssachen zusammenhängen.

Dem X. Zivilsenat (Patentsenat) sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht nebst Verträgen hierüber;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus Verträgen über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder über die ausschließliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet der Arbeitnehmererfindungen;
4. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 3) zugewiesen sind;
5. die Patentnichtigkeitssachen, Zwangslizenzsachen und Patentrücknahmesachen;
6. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Patent- und Gebrauchsmustersachen sowie in Sortenschutzsachen, soweit letztere nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 4) zugewiesen sind;
7. die Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz) einschließlich von Schadensersatzansprüchen, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 12) zugewiesen sind.

II. Strafsenate

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, München, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart;
2. die Revisionen in Militärstrafsachen (zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes vom 30. März 1957, BGBl. I, 298);
3. die Revisionen in Strafsachen wegen Vergehen gegen die Landesverteidigung (§§ 109 — 109 k StGB), soweit nicht der 3. Strafsenat dafür zuständig ist.

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Frankfurt am Main, Koblenz, Köln und Zweibrücken;
2. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3 a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 ZuständigkeitsergänzungsG vom 7. August 1952, BGBl. III, 310 — 1, und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den in § 134 GVG bezeichneten Strafsachen aus allen Oberlandesgerichtsbezirken einschließlich des Bezirks des Kammergerichts;
2. die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern aus allen Oberlandesgerichtsbezirken, für den Bezirk des Kammergerichts jedoch nur insoweit, als sie nicht Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234 a, 241 a StGB; Berliner Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl. 417) betreffen;
3. a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit es sich um die durch §§ 74 a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugendschöffengerichte handelt,
 - b) die Entscheidungen nach § 153 d StPO;
4. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf.

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm;
2. die Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschließlich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn);
3. die Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929.

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig;
2. die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern des Bezirks des Kammergerichts, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a) betreffen;
3. die Revisionen in Strafsachen gegen Entscheidungen aller Gerichte, wenn es sich um die Anwendung des Berliner Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl. 417, handelt;
4. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder von den Vollzugsbehörden im Vollzug der Freiheitsstrafen, der Maßregeln der Sicherung und Besserung, des Jugendarrests und der Untersuchungshaft getroffen sind.

III. Große Senate

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senates für Zivilsachen des Großen Senates für Strafsachen und der Vereinigten Großen Senate ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Deutschen Richtergesetz, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung, der Wirtschaftsprüferordnung und dem Steuerberatungsgesetz.

IV. Kartellsenat

(nachrichtlich)

Der Kartellsenat ist kraft Gesetzes für die Entscheidungen über die in § 95 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführten Rechtsmittel zuständig.

V. Dienstgericht des Bundes

(nachrichtlich)

Das Dienstgericht des Bundes ist kraft Gesetzes in denjenigen Angelegenheiten von Richtern, Mitgliedern des Bundesrechnungshofes, Staatsanwälten sowie Bundes- und Landesanwälten zuständig, die ihm durch das Deutsche Richtergesetz übertragen sind.

VI. Senat für Notarsachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Notarsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesnotarordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 108 Abs. 2 BNotO i. V. m. § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

VII. Senat für Anwaltssachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Anwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesrechtsanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

VIII. Senat für Patentanwaltssachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Patentanwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Patentanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 93 Abs. 2 Patentanwaltsordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

IX. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Wirtschaftsprüfersachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Wirtschaftsprüferordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

X. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten-sachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten-sachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in dem Steuerberatungsgesetz dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 56 Abs. 2 Steuerberatungsgesetz, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

Schlußbestimmungen zur Geschäftsverteilung

I.

Erachtet ein Senat vor Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzumutbar erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.

II.

Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

III.

1. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozeß, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.
2. Rechtsstreitigkeiten in Zivilsachen, die im Geschäftsjahr 1968 auf einen anderen Senat übergegangen sind, gehören in Abweichung von Absatz 1 auch dann zu dem für das Sachgebiet nunmehr zuständigen Senat, wenn sie nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen (sog. Rückläufer).

IV.

1. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. März 1952 ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
2. Für Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche ist derjenige Senat zuständig, dem das Rechtsgebiet zugewiesen ist, auf das sich der Vergleich bezieht.

V.

Rechtsbeschwerden nach § 79 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.

VI.

Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.

VII.

Betrifft in einer Vorlegungssache die zur Entscheidung gestellte Rechtsfrage ein Rechtsgebiet, das zur Zuständigkeit eines bestimmten Strafsenats gehört, so ist dieser Senat für die Entscheidung über die Vorlegungssache zuständig, gleichgültig, ob sich die Vorlegung auf § 120 Abs. 3 GVG oder auf § 121 Abs. 2 GVG stützt.

B. Besetzung der Senate

(Stand 1. Januar 1969)

I. Zivilsenate

I. Zivilsenat

Senatspräsidentin	Dr. Krüger-Nieland	
Bundesrichter	Pehle	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Sprengmann	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Dr. Mösl	
Bundesrichter	Alff	
Bundesrichter	Dr. Simon	
Bundesrichter	Dr. Merkel	

II. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Kuhn	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Nörr	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Liesecke	
Bundesrichter	Dr. Schulze	
Bundesrichter	Fleck	
Bundesrichter	Stimpel	(außerdem KS)
Bundesrichter	Dr. Schubath	

III. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Pagendarm	(außerdem bis 31. März 1969 Senat f. Notarsachen)
Bundesrichter	Dr. Kreft	(stellv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Arndt	(außerdem Senat f. Notarsachen u. Senat für Anwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Beyer	
Bundesrichter	Dr. Hußla	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Gähtgens	
Bundesrichter	Keßler	

IV. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Hauß	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Johannsen	(stellv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Wüstenberg	
Bundesrichter	Dr. Pfretzschner	
Bundesrichter	Dr. Reinhardt	
Bundesrichter	Dr. Bukow	
Bundesrichter	Dr. Buchholz	

V. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Augustin	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Rothe	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Freitag	
Bundesrichter	Dr. Mattern	
Bundesrichter	Hill	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Offterding	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Dr. Grell	

VI. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Engels	
Bundesrichter	Hanebeck	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Bode	
Bundesrichter	Dr. Weber	
Bundesrichter	Dr. Nüßgens	
Bundesrichter	Sonnabend	
Bundesrichter	Dunz	

VII. Zivilsenat

Vizepräsident	Glanzmann	(außerdem Senat für Notarsachen, Senat f. Anwaltssachen u. Senat für Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Rietschel	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Erbel	
Bundesrichter	Hubert Meyer	

Bundesrichter	Dr. Vogt	(in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem Senat f. Notarsachen und Senat f. Patentanwaltsachen)
---------------	----------	--

Bundesrichter	Dr. Finke	
Bundesrichter	Hans-Wolfgang Schmidt	

VIII. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Haidinger	(ab 1. April 1969 außerdem Senat f. Notarsachen)
Bundesrichter	Dr. Gelhaar	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Artl	
Bundesrichter	Dr. Mezger	
Bundesrichter	Dr. Messner	
Bundesrichter	Mormann	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Braxmaier	(in erster Linie Senat für Anwaltssachen, ab 1. April 1969 außerdem Senat für Notarsachen)

IX. Zivilsenat

Senatspräsident	Mai	
Bundesrichter	Dr. Graf	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Maaß	
Bundesrichter	von der Mühlen	
Bundesrichter	Zorn	
Bundesrichter	Dr. Woesner	

X. Zivilsenat (Patentsenat)

Senatspräsident	Dr. Spreng	
Bundesrichter	Dr. Löscher	(stellv. Vorsitzender; in erster Linie KS)
Bundesrichter	Claßen	
Bundesrichter	Schneider	(in erster Linie Senat für Patentanwaltsachen)
Bundesrichter	Trüstedt	(außerdem Senat für Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Ballhaus	
Bundesrichter	Dr. Bruchhausen	

II. Strafsenate

1. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Hübner	
Bundesrichter	Dr. Seibert	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Loesdau	
Bundesrichter	Pikart	
Bundesrichter	Dr. Pfeiffer	(vom 1. Januar bis 28. Februar 1969 außerdem 3. Strafsenat)
Bundesrichter	Zipfel	

2. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Baldus	(außerdem Dienstgericht des Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbevollm. sachen)
Bundesrichter	Dr. Willms	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Kirchhof	(in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem Senat f. Notarsachen, Senat f. Patentanwaltssachen, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber. u. Steuerbevollm. sachen)

Bundesrichter	Gerd Meyer	(außerdem Dienstgericht des Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Henning	(außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Dr. Müller	(außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Baumgarten	

3. Strafsenat

Senatspräsident	Scharpenseel	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Faller	(stellv. Vorsitzender; in erster Linie KS, außerdem Senat für Anwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Wiefels	
Bundesrichter	Dr. Pfeiffer*)	(außerdem 1. Strafsenat)
Bundesrichter	Albrecht Mayer	
Bundesrichter	Neifer	

4. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Rotberg	
Bundesrichter	Dr. Sanders	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Börtzler	(in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem Senat f. Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltssachen)
Bundesrichter	Christian Mayr	
Bundesrichter	Dr. Dr. Spiegel	
Bundesrichter	Hürxthal	

5. (Berliner) Strafsenat

Senatspräsident	Prof. Dr. Sarstedt	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Adolf Schmidt	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Siemer	
Bundesrichter	Rudolf Schmitt	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Börker	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Kersting	
Bundesrichter	Herrmann	

III. Große Senate

Besetzung für die Geschäftsjahre 1969 und 1970

Zivilsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Fischer
Stellvertretender Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann
Mitglieder:	Vertreter:
Senatspräsidentin Dr. Krüger-Nieland (I. ZS)	Bundesrichter Dr. Löscher (X. ZS)
Bundesrichter Stimpel (II. ZS)	Senatspräsident Dr. Kuhn (II. ZS)
Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS)	Bundesrichter Dr. Hußla (III. ZS)
Senatspräsident Dr. Hauß (IV. ZS)	Bundesrichter Johannsen (IV. ZS)
Bundesrichter Hill (V. ZS)	Bundesrichter Dr. Mattern (V. ZS)

Mitglieder:	Vertreter:
Bundesrichter Dr. Nüßgens (VI. ZS)	Bundesrichter Dr. Weber (VI. ZS)
Bundesrichter Hubert Meyer (VII. ZS)	Bundesrichter Dr. Vogt (VII. ZS)
Bundesrichter Mormann (VIII. ZS)	Bundesrichter Dr. Mezger (VIII. ZS)

Strafsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Fischer
Stellvertretender Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann
Mitglieder:	Vertreter:
Bundesrichter Dr. Pfeiffer (1. StS)	Senatspräsident Dr. Hübner (1. StS)
Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS)	Bundesrichter Gerd Meyer (2. StS)
Bundesrichter Dr. Willms (2. StS)	Bundesrichter Albrecht Mayer (3. StS)
Bundesrichter Dr. Faller (3. StS)	Senatspräsident Scharpenseel (3. StS)
Bundesrichter Börtzler (4. StS)	Bundesrichter Hürxthal (4. StS)
Bundesrichter Dr. Dr. Spiegel (4. StS)	Senatspräsident Dr. Rotberg (4. StS)
Senatspräsident Prof. Dr. Sarstedt (5. StS)	Bundesrichter Herrmann (5. StS)
Bundesrichter Rudolf Schmitt (5. StS)	Bundesrichter Dr. Börker (5. StS)

IV. Kartellsenat

Präsident des Bundesgerichtshofes	Dr. Fischer
Bundesrichter	Dr. Löscher (stellv. Vorsitzender, außerdem X. ZS)
Bundesrichter	Hill (außerdem V. ZS)
Bundesrichter	Offertinger (außerdem V. ZS)
Bundesrichter	Dr. Faller (außerdem 3. StS und Senat für Anwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Sprengmann (außerdem I. ZS)
Bundesrichter	Stimpel (II. ZS)

V. Dienstgericht des Bundes

Besetzung für die Zeit vom 1. Januar 1967 bis zum 31. Dezember 1971

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Stellvertreter des Vorsitzenden:	Senatspräsident Prof. Dr. Sarstedt (5. StS) Senatspräsident Scharpenseel (3. StS)
ständige Beisitzer:	Bundesrichter Gerd Meyer (2. StS, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen) Bundesrichter Mormann (VIII. ZS)
Vertreter der ständigen Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Hußla (III. ZS) Bundesrichter Rudolf Schmitt (5. StS) Senatspräsident Dr. Hauß (IV. ZS)
nichtständige Beisitzer:	
a) Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	
Beisitzer:	Senatspräsident Dr. Augustin (V. ZS) Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS)
Vertreter:	Bundesrichter Johannsen (IV. ZS) Senatspräsident Dr. Kuhn (II. ZS) Bundesrichter Dr. Börker (5. StS)

*) Nur bis 28. Februar 1969

- b) Mitglieder des Bundesverwaltungsgerichts:
 Beisitzer: Senatspräsident Prof. Dr. Fürst
 Bundesrichter Weber-Lortsch
 Vertreter: Senatspräsident Prof. Hering
 Bundesrichter Dr. Nehlert
- c) Mitglieder des Bundesfinanzhofs:
 Beisitzer: Bundesrichter Barske
 Senatspräsident Dr. Rahn
 Vertreter: Senatspräsident Dr. Berger
 Senatspräsident Dr. Ringleb
- d) Mitglieder des Bundesarbeitsgerichts:
 Beisitzer: Senatspräsident Prof. Dr. Stumpf
 Bundesrichter Dr. Pecher
 Vertreter: Senatspräsident Dr. Poelmann
 Bundesrichter Wichmann
- e) Mitglieder des Bundessozialgerichts:
 Beisitzer: Senatspräsident Dr. Langkeit
 Senatspräsident Dr. Hauelsen
 Vertreter: Senatspräsident Dr. Neuhaus
 Senatspräsident Penquitt
- f) Mitglieder des Bundesrechnungshofs:
 Beisitzer: Direktor b. Bundesrechnungshof Dr. Sina
 Ministerialrat Dr. Schulze
 Vertreter: Direktor b. Bundesrechnungshof Irmer
 Ministerialrat Faber

VI. Senat für Notarsachen

1. Für die Zeit bis zum 31. März 1969 sind bestellt
- zum Vorsitzenden: Vizepräsident Glanzmann
 (VII. ZS, außerdem Senat für
 Anwaltssachen u. Senat für
 Patentanwaltsachen)
- zum Stellvertreter
 des Vorsitzenden: Senatspräsident Dr. Pagendarm
 (III. ZS)
- zu beisitzenden Mitgliedern
 des Bundesgerichtshofes: Bundesrichter Dr. Arndt
 (außerdem III. ZS und Senat
 für Anwaltssachen)
 Bundesrichter Börtzler
 (in erster Linie Senat für An-
 waltssachen, außerdem 4. StS
 und Senat für Patentanwalts-
 sachen)
- zu Vertretern: Bundesrichter Dr. Vogt
 (in erster Linie Senat für An-
 waltssachen, außerdem VII. ZS
 u. Senat für Patentanwalts-
 sachen)
 Bundesrichter Kirchhof
 (in erster Linie Senat für An-
 waltssachen, außerdem 2. StS,
 Senat f. Patentanwaltsachen,
 Senat für WiPrüfers. u. Senat
 für Steuerber.- und Steuerbe-
 vollm.-sachen)
2. Durch Beschluß des Präsidiums werden für die Zeit vom
 1. April 1969 bis zum 31. März 1973 bestellt
- zum Vorsitzenden: Vizepräsident Glanzmann
 (VII. ZS, außerdem Senat für
 Anwaltssachen und Senat für
 Patentanwaltsachen)
- zum Stellvertreter
 des Vorsitzenden: Senatspräsident Dr. Haidinger
 (VIII. ZS)
- zu beisitzenden Mitgliedern
 des Bundesgerichtshofes: Bundesrichter Dr. Arndt
 (außerdem III. ZS und Senat
 für Anwaltssachen)
 Bundesrichter Börtzler
 (in erster Linie Senat für An-
 waltssachen, außerdem 4. StS
 u. Senat für Patentanwalts-
 sachen)
 Bundesrichter Braxmaier
 (in erster Linie Senat für An-
 waltssachen, außerdem
 VIII. ZS)

zu Vertretern:

Bundesrichter Dr. Vogt
 (in erster Linie Senat für An-
 waltssachen, außerdem VII. ZS
 und Senat f. Patentanwalts-
 sachen)

Bundesrichter Kirchhof
 (in erster Linie Senat f. An-
 waltssachen, außerdem 2. StS,
 Senat für Patentanwaltsachen,
 Senat für WiPrüfers. u. Senat
 f. Steuerber.- und Steuerbe-
 vollm.-sachen)

VII. Senat für Anwaltssachen

- Vorsitzender (kraft Gesetzes): Präsident des Bundesgerichts-
 hofes Dr. Fischer
- Stellvertretender
 Vorsitzender: Vizepräsident Glanzmann
 (VII. ZS, außerdem Senat für
 Notarsachen u. Senat f. Patent-
 anwaltsachen)
- beisitzende Mitglieder
 des Bundesgerichtshofes: Bundesrichter Dr. Vogt
 (außerdem VII. ZS, Senat für
 Notarsachen u. Senat f. Patent-
 anwaltsachen)
- Bundesrichter Kirchhof
 (außerdem 2. StS, Senat für
 Notarsachen, Senat f. Patent-
 anwaltsachen, Senat für Wirt-
 schaftsprüfersachen u. Senat f.
 Steuerber.- u. Steuerbevollm.-
 sachen)
- Bundesrichter Börtzler
 (außerdem 4. StS, Senat für
 Notarsachen u. Senat f. Patent-
 anwaltsachen)
- Bundesrichter Braxmaier
 (außerdem VIII. ZS und ab
 1. April 1969 auch Senat für
 Notarsachen)
- Vertreter: Bundesrichter Dr. Arndt
 (außerdem III. ZS u. Senat für
 Notarsachen)
- Bundesrichter Dr. Faller
 (in erster Linie KS, außerdem
 3. StS)

VIII. Senat für Patentanwaltsachen

- Vorsitzender: Vizepräsident Glanzmann
 (VII. ZS, außerdem Senat für
 Notarsachen u. Senat für An-
 waltssachen)
- beisitzende Mitglieder
 des Bundesgerichtshofes: Bundesrichter Dr. Vogt
 (stellv. Vorsitzender, in erster
 Linie Senat f. Anwaltssachen,
 außerdem VII. ZS u. Senat für
 Notarsachen)
- Bundesrichter Börtzler
 (in erster Linie Senat für An-
 waltssachen, außerdem 4. StS
 und Senat für Notarsachen)
- Bundesrichter Schneider
 (außerdem X. ZS)
- Vertreter: Bundesrichter Trüstedt
 (X. ZS)
- Bundesrichter Kirchhof
 (in erster Linie Senat für An-
 waltssachen, außerdem 2. StS,
 Senat für Notarsachen, Senat
 für WiPrüfers., Senat für
 Steuerber.- u. Steuerbevollm.-
 sachen)

IX. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS, außerdem Dienstgericht des Bundes u. Senat f. Steuer- berater- u. Steuerbevollmäch- tigtensachen)
beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Bundesrichter Kirchhof (stellv. Vorsitzender, in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem 2. StS, Senat für Notarsachen, Senat f. Patent- anwaltssachen u. Senat für Steuerber.- u. Steuerbevollm.- sachen) Bundesrichter Henning (außerdem 2. StS u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbe- vollm.-sachen)
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Müller (außerdem 2. StS u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbe- vollm.-sachen) Bundesrichter Gerd Meyer (außerdem 2. StS, Dienst- gericht des Bundes u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbe- vollm.-sachen)

X. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten- sachen

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS, außerdem Dienst- gericht des Bundes u. Senat f. Wirtschaftsprüfersachen)
beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Bundesrichter Kirchhof (stellv. Vorsitzender, in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem 2. StS, Senat f. No- tarsachen, Senat f. Patent- anwaltssachen u. Senat f. Wirt- schaftsprüfersachen) Bundesrichter Henning (außerdem 2. StS u. Senat für Wirtschaftsprüfersachen)
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Müller (außerdem 2. StS u. Senat für Wirtschaftsprüfersachen) Bundesrichter Gerd Meyer (außerdem 2. StS, Dienstgericht des Bundes und Senat für Wirtschaftsprüfersachen)

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

(Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung
der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Juni 1968 —
Bundesgesetzbl. I S. 661)

- a) Dem Gemeinsamen Senat gehören nach dem Gesetz an:
der Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Fischer,
die Präsidenten der jeweils beteiligten Senate des Bun-
desgerichtshofes.
Bei Verhinderung des Präsidenten des Bundesgerichtshofes
tritt der Vizepräsident des Bundesgerichtshofes, bei dessen
Verhinderung der im Dienstatler folgende Senatspräsident
in den Gemeinsamen Senat ein.
Bei Verhinderung des Präsidenten eines beteiligten Senats
tritt sein regelmäßiger Vertreter im Vorsitz und bei dessen
Verhinderung ein Mitglied des Senats jeweils in der Reihen-
folge des Dienstatlers ein. Tritt der regelmäßige Vertreter
an Stelle des Senatspräsidenten in den Gemeinsamen Senat

XI. Vertretung und Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

I.

Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von meh-
reren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung
des Senates vor, dem der Richter in erster Linie zugeteilt ist.
Die Anforderung der Großen Senate und des Dienstgerichts
des Bundes geht allen anderen Anforderungen vor.

II.

a) Vertretung in den Zivilsenaten

1. Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des
I. und des X. Zivilsenats, des II. und des VII. Zivilsenats,
des IV. und des VIII. Zivilsenats, des III. und des VI.
Zivilsenats sowie des V. und des IX. Zivilsenats.
Die Mitglieder des Kartellsenats werden von den Mit-
gliedern des I. Zivilsenats vertreten.

2. In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus
alle anderen Senate in ihrer nummernmäßigen Reihen-
folge, beginnend mit dem der Nummer nach folgenden
Senat, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch
nehmen.

b) Vertretung in den Strafsenaten

1. Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des
1. und des 3. Strafsenats sowie die Mitglieder des 2. und
des 4. Strafsenats.

Soweit eine weitere Vertretung im 3. Strafsenat erfor-
derlich wird, ist in der Reihenfolge dieser Vertretungs-
fälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 2 und 4 be-
rufen.

2. Sind in einer Revisions-Strafsache, die zur Zuständigkeit
des 3. Strafsenats gehört, so viele Mitglieder des Senats
gemäß § 22 Nr. 1 StPO von der Ausübung des Richter-
amtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, daß der Senat ohne
Zuziehung von Vertretern nicht mehr ordnungsgemäß
besetzt ist, so ist an seiner Stelle der 2. Strafsenat zu-
ständig.

3. Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Straf-
senats ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle je-
weils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser
Reihenfolge berufen.

c) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder

Soweit ein Senat gemäß der vorstehenden Vertretungs-
regelung einen nicht namentlich bezeichneten Vertreter zur
Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden
Bundesrichter in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum
höchsten Dienstatler nacheinander zur Vertretung berufen.
Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an
der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstatler fol-
gende Bundesrichter für ihn ein.

- d) Ist ein Mitglied der Großen Senate des Bundesgerichtshofes
und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden
Geschäfte innerhalb des Großen Senats wahrzunehmen, so
tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters
derjenige Vertreter im Großen Senat für Zivilsachen oder
Strafsachen, der jeweils in der allgemeinen Reihenfolge der
Vertreter auf den verhinderten Vertreter folgt.

ein und ist er zugleich als Mitglied des Gemeinsamen Senats
nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes bestimmt, so tritt für ihn
als zu entsendendes Mitglied sein Vertreter ein.

- b) In den Gemeinsamen Senat werden gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3,
Abs. 2 und 4 des Gesetzes vom 19. Juni 1968 für die Ge-
schäftsjahre 1969 und 1970 folgende Richter entsandt:

I. Zivilsenat	Bundesrichter Pehle Vertreter: Bundesrichter Dr. Simon
II. Zivilsenat	Bundesrichter Fleck Vertreter: Bundesrichter Stimpel
III. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Kreft Vertreter: Bundesrichter Dr. Arndt

IV. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Bukow Vertreter: Bundesrichter Dr. Pfretzschner	Große Senate	
V. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Rothe Vertreter: Bundesrichter Dr. Freitag	Zivilsachen:	Senatspräsidentin Dr. Krüger-Nieland Senatspräsident Dr. Hauß Vertreter: Bundesrichter Hubert Meyer Bundesrichter Stimpel
VI. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Nüßgens Vertreter: Bundesrichter Sonnabend	Strafsachen:	Senatspräsident Dr. Baldus Senatspräsident Prof. Dr. Sarstedt Vertreter: Bundesrichter Dr. Willms Bundesrichter Dr. Faller
VII. Zivilsenat	Bundesrichter Hubert Meyer Vertreter: Bundesrichter Dr. Vogt	Kartellsenat	Bundesrichter Dr. Löscher Bundesrichter Hill Vertreter: Bundesrichter Offterdinger Bundesrichter Dr. Sprenkmann
VIII. Zivilsenat	Bundesrichter Mormann Vertreter: Bundesrichter Dr. Mezger	Dienstgericht des Bundes	Bundesrichter Gerd Meyer Vertreter: Bundesrichter Mormann
IX. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Graf Vertreter: Bundesrichter Zorn	Senat für Notarsachen	Bundesrichter Dr. Arndt Vertreter: Bundesrichter Börtzler
X. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Löscher Vertreter: Bundesrichter Ballhaus	Senat für Anwaltssachen	Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann Bundesrichter Börtzler Vertreter: Bundesrichter Dr. Vogt Bundesrichter Kirchhof
1. Strafsenat	Bundesrichter Loesdau Vertreter: Bundesrichter Dr. Pfeiffer	Senat für Patentanwaltssachen	Bundesrichter Dr. Vogt Vertreter: Bundesrichter Börtzler
2. Strafsenat	Bundesrichter Dr. Willms Vertreter: Bundesrichter Gerd Meyer	Senat für Wirtschaftsprüfersachen	Bundesrichter Kirchhof Vertreter: Bundesrichter Henning
3. Strafsenat	Bundesrichter Dr. Faller Vertreter: Bundesrichter Dr. Wiefels	Senat f. Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten-sachen	Bundesrichter Kirchhof Vertreter: Bundesrichter Henning
4. Strafsenat	Bundesrichter Börtzler Vertreter: Bundesrichter Christian Mayr		
5. Strafsenat	Bundesrichter Herrmann Vertreter: Bundesrichter Rudolf Schmitt		

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entscheidenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Gemeinsamen Senat ein.